



Eckpunkte einer erfolgreichen Hightech-Politik

Fakten und Empfehlungen

Impressum

Herausgeber: BITKOM
Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.
Albrechtstr. 10
10117 Berlin
Tel.: 030.27576-0
Fax: 030.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Gestaltung: Design Bureau kokliko
Druck: Rucksaldruck
Copyright: BITKOM 2009

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Das ist die deutsche ITK-Wirtschaft	6
Bildung	8
Datenschutz	10
Innovationspolitik	12
Steuern	14
Mittelstand	16
Telekommunikationspolitik	18
Medienpolitik	20
Geistiges Eigentum	22
Verkehrstelematik	24
Klimaschutz	26
Sicherheit	28
Öffentliche Hand	30
Gesundheitssektor	32
Wir tun was	34



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. August-Wilhelm Scheer
Präsident des BITKOM sowie Gründer und
Aufsichtsratsvorsitzender der IDS Scheer AG

2009 ist – bei allen politischen Herausforderungen und konjunkturellen Risiken – vor allem ein Jahr der Chancen und der Neuanfänge. In der Krise gilt es die Grundlagen für den nächsten Aufschwung zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund hat BITKOM seine wesentlichen wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen zusammengefasst. Damit wollen wir helfen, die Potenziale der in Deutschland tätigen Hightech-Unternehmen optimal zu entfalten und für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nutzbar zu machen.

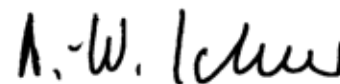
Im Zentrum unserer Hightech-Agenda stehen:

- Die Modernisierung der ITK-Infrastruktur, insbesondere der Breitbandausbau.
- Die Modernisierung der öffentlichen Hand durch den Einsatz moderner IT-Anwendungen.
- Die nachhaltige Verbesserung des deutschen Bildungssystems.
- Die Optimierung von Telekommunikations- und Medienordnung.
- Die Modernisierung des Datenschutzsystems und seine Anpassung an die Realitäten der digitalen Welt.
- Die politische und wirtschaftliche Ausgestaltung des Zukunftsthemas Green IT.

Als Geschäftsführer oder Vorstand eines BITKOM-Mitgliedsunternehmens stehen Sie ein für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Innovation in Deutschland. Mit dieser Publikation wollen wir Sie mit Daten, Fakten und Hintergründen für die anstehenden politischen Diskussionen versorgen.

Ich lade Sie ein, diese Broschüre zu nutzen, um mit Politikern in Ihrem Wahlkreis und den Entscheidern in örtlichen Parteien, der Landes- und Bundespolitik ins Gespräch zu kommen. Unser gemeinsames Ziel ist es, die ITK-Branche in Deutschland nach vorne zu bringen. Die Politik kann dies fördern, indem sie die richtigen Rahmenbedingungen setzt und zielgerichtete Initiativen ergreift, zum Beispiel in der Forschungs- und Clusterpolitik. Bei der Entwicklung einer innovationsorientierten Politik können wir als BITKOM helfen. Nutzen Sie diese Broschüre für die politische Argumentation, gehen Sie auf Ihre Ansprechpartner zu und lassen Sie uns so bei Politikern jeder Couleur das Verständnis für die Anliegen der ITK-Industrie fördern.

Ihr



August-Wilhelm Scheer
Präsident BITKOM

■ 830.000

In Deutschland arbeiten rund **830.000 Erwerbstätige** für die Branche, darunter viele als Selbstständige. Bei den Herstellern von ITK-Hardware und den Anbietern von Telekommunikationsdiensten ist die Anzahl der Mitarbeiter in Summe rückläufig, während sie bei Softwarehäusern und IT-Dienstleistern kontinuierlich ansteigt – von 270.000 vor zehn Jahren auf mehr als eine halbe Million heute.

■ 3,8%

Die Bruttowertschöpfung der IT- und Telekommunikationswirtschaft ist seit Mitte der 90er Jahre kräftig gestiegen und lag im Jahr 2006 bei 80 Milliarden Euro. Mit einem **Anteil von 3,8 Prozent** an der gesamten inländischen Wertschöpfung nimmt die ITK-Wirtschaft eine Spitzenposition ein.

■ 145.000.000.000

Rund **145 Milliarden Euro** groß ist das **Volumen des deutschen Marktes** für Informationstechnik und Telekommunikation. Dies ist der Betrag, den Unternehmen, Konsumenten und der öffentliche Sektor im Jahr 2008 für ITK-Produkte und -Dienstleistungen ausgegeben haben.

■ 57.000.000.000

Deutschland gehört zu den führenden ITK-Exporteuren. Im Jahr 2007 hat das **Exportvolumen 57 Milliarden Euro** betragen. Der Anteil der ITK-Branche an den gesamten deutschen Dienstleistungsexporten liegt bei 7,3 Prozent, Tendenz steigend.

■ 24%

24 Prozent der **deutschen Patentanmeldungen** beim Europäischen Patentamt entfallen auf ITK-Technologien. Mit mehr als 5.000 Patentanmeldungen im Bereich ITK beim Europäischen Patentamt ist Deutschland europäischer Spitzenreiter. Mit sieben Milliarden Euro hat die IT- und Telekommunikationswirtschaft einen Anteil von rund 15 Prozent an den gesamten FuE-Aufwendungen der Wirtschaft.

■ 18.000

In Deutschland gibt es etwa **18.000 ITK-Unternehmen**, deren Jahresumsatz über 250.000 Euro liegt. Die Anzahl der Unternehmen, die zur ITK-Branche gehören, nimmt kontinuierlich zu; so hat sich allein die Zahl der Softwarehäuser in den vergangenen zehn Jahren in etwa verdoppelt.

■ 33%

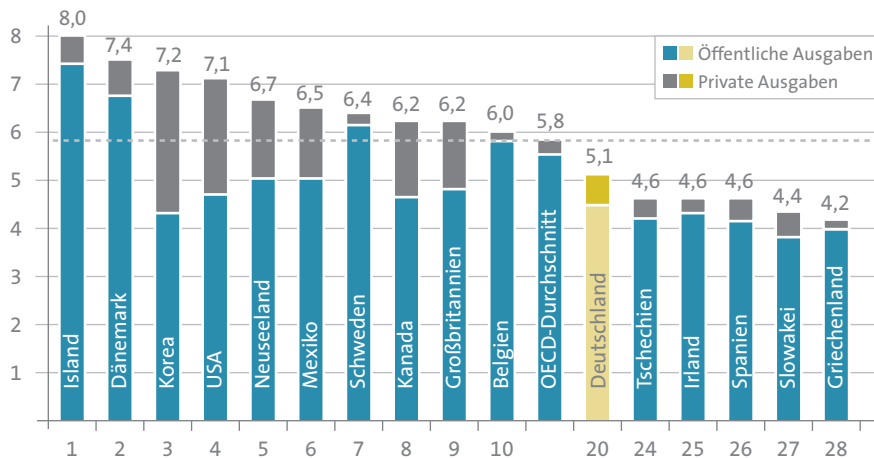
ITK-Lösungen steigern die Arbeitsproduktivität und Innovationsleistung der Anwenderbranchen und wirken daher auch positiv auf das Wirtschaftswachstum. In Deutschland haben **Investitionen in ITK** seit Mitte der 90er Jahre etwa **ein Drittel zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts** beigetragen.

- **Struktureller Fachkräftemangel:** Die deutsche Wirtschaft leidet nach wie vor unter einem strukturellen ITK-Fachkräftemangel. Das heißt: Auch in einer Abschwungphase wird sich das Problem nicht lösen. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat errechnet, das in acht Jahren je nach wirtschaftlicher Entwicklung zwischen 23.000 und 95.000 Ingenieure fehlen werden.
- **Deutschland spart bei der Bildung:** Deutschland erreicht bei den Bildungsausgaben nicht einmal mehr den OECD-Durchschnitt.

- **Deutschland verschläft Kampf um die besten Köpfe:** Im internationalen Wettbewerb um die besten Talente spielt Deutschland keine Rolle. Aufgrund der restriktiven Zuwanderungsregelungen kommen kaum ausländische Hochqualifizierte nach Deutschland. Dabei schafft nachweislich jeder Hochqualifizierte, der in Deutschland arbeitet, weitere Arbeitsplätze.

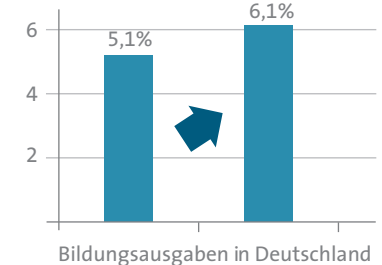
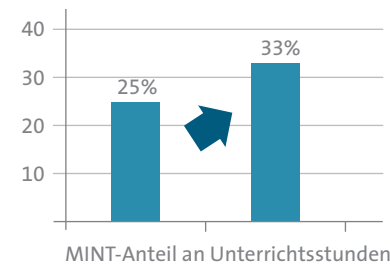
Anzahl hochqualifizierter Zuwanderer nach Deutschland im Jahr 2008: 1.302

Deutschland spart bei der Bildung
Ausgaben für Bildung in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) 2005



Quelle: OECD

- **Steigerung der Bildungsausgaben:** Deutschland muss innerhalb der nächsten fünf Jahre seine Bildungsausgaben von 5,1 Prozent des BIP auf 6,1 Prozent anheben.
- **MINT in Schulen stärken:** Der Anteil der MINT-Fächer an den Unterrichtsstunden muss von 25 auf 33 Prozent erhöht werden, Informatik muss durchgängiges Pflichtfach in der Sekundarstufe I werden.
- **Zuwanderung Hochqualifizierter fördern:** Um Hochqualifizierte nach Deutschland zu bringen, brauchen wir bessere Zuwanderungsgesetze. Das kann unter anderem durch die Einführung des Punktesystems geschehen.
- **Investitionen in ITK-Ausstattung und E-Learning:** Die Modernisierung der Ausstattung in Schulen ist Voraussetzung für einen besseren Unterricht. Bei Anschaffung eines Schüler-Notebooks sollten Eltern die gleichen steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten haben wie Lehrer. Bei der Modernisierung von Schulen und Hochschulen müssen auch „eLearning“-Angebote ausgebaut werden.



- **Neue Herausforderungen:** Durch die digitale Welt stellen sich neue Herausforderungen an den Datenschutz. Datenschutz wird aber vor allem anlassbezogen („Datenschutzskandale“) diskutiert. Dabei wird immer deutlicher: Nicht die Flickschusterei am alten Datenschutzgesetz, sondern nur eine Neukonzipierung des gesamten Systems ist sinnvoll.
- **Veraltetes Datenschutzkonzept:** Kern des existierenden Datenschutzes ist die Unterscheidung zwischen personenbezogenen und nicht personenbezogenen Daten. Diese Unterscheidung stößt heute an Grenzen. Der Bürger wird in wichtigen Bereichen weniger,

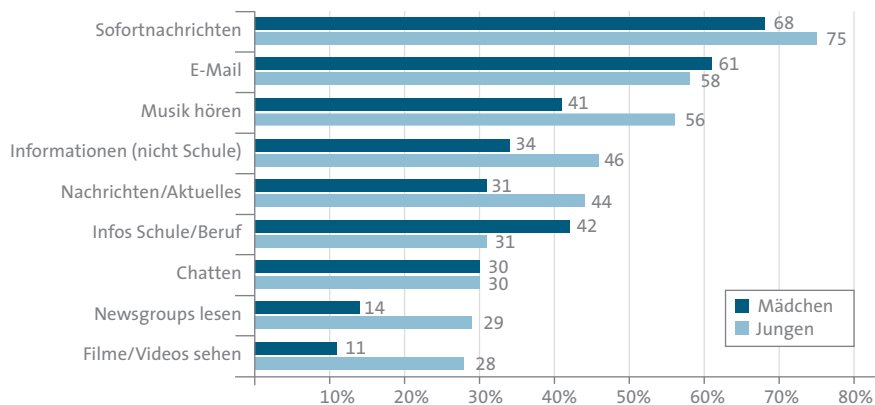
in unwichtigen Bereichen stärker geschützt als notwendig; die Entwicklung der Informationsgesellschaft wird durch unsinnige Regeln behindert.

Geburtsdatum
Schuhgröße
Daten zu Gesundheit
Kontodaten

Beispiele für personenbezogene Daten – alle gleich schützenswert?

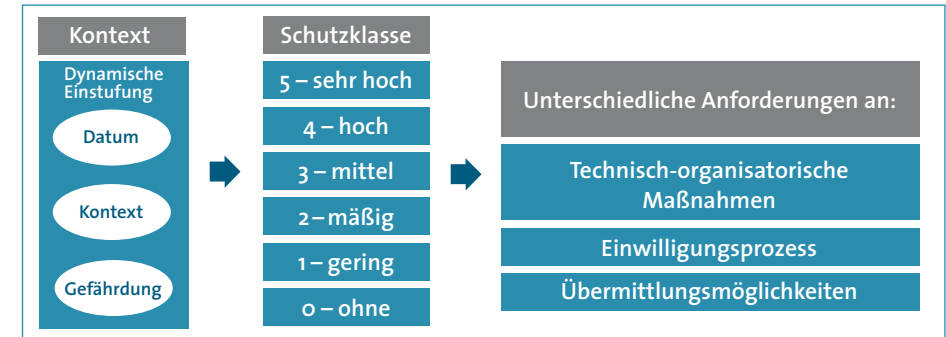
- **Einstellungen zu den eigenen Daten ändern sich:** Seit der Erfindung des Internets ist eine Generation von „Digital Natives“ herangewachsen, die die Möglichkeiten der virtuellen Welt des Internets als selbstverständlichen Teil ihres Alltags begreift und andere Vorstellungen von Privatsphäre haben.

Internet-Favoriten von Teenagern
Regelmäßige Aktivitäten im Netz



Quelle: BITKOM/Forschungsverbund MPFS

- **Novellierung des deutschen Datenschutzrechts mit dem Ziel einer Präzisierung:** Die Bundesregierung sollte das Datenschutzrecht grundlegend überarbeiten. Ziel ist es, in Abstimmung mit der Wirtschaft ein Datenschutzsystem zu etablieren, das abhängig von der konkreten Verarbeitung und dem Verwendungszweck der Daten einen abgestuften Schutz der Betroffenen ermöglicht.
- **Internet-Nutzer müssen beteiligt werden:** Der Datenschutz muss die Wünsche aller Nutzer von Internet-Angeboten berücksichtigen, wenn er das Ziel der informationellen Selbstbestimmung ernst nimmt. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sollten sich verpflichten, bei jeder Diskussion zu den Regeln im Web 2.0 auch die „Digital Natives“ mit anzuhören. Regelungen dürfen den Grundbedürfnissen der Nutzer von Social Networks nicht entgegenstehen.

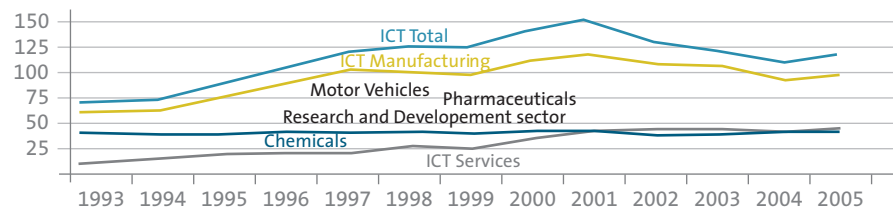


Prinzip des präzisierten Datenschutzsystems

- **Einwirkung auf die Datenschutz-Rahmengesetzgebung der EU:** Die Bundesregierung sollte sich für ein modernes Datenschutzrecht innerhalb der EU einsetzen. Sie sollte insbesondere Einfluss auf den nächsten Review-Prozess der europäischen Richtlinie 95/46/EG nehmen.

- **FuE-Branche ITK:** Die ITK-Branche ist weltweit der forschungsintensivste Wirtschaftszweig. Von den in Deutschland in der ITK-Branche arbeitenden rund 830.000 Erwerbstätigen arbeiten über 40.000 als Forscher und Entwickler.
- **Schlüsseltechnologie ITK:** Die in der ITK-Branche entwickelten Lösungen sind von überragender Bedeutung für den Fortschritt in fast allen Industriezweigen – ohne ITK kein Fortschritt bei Nano- und Biotechnologie oder der Werkstoffkunde! 80 Prozent der Innovationen im Automobil-Sektor sind ITK-getrieben.
- **Mittel für ITK-Forschung stagnieren:** Während der Gesamthaushalt des BMBF um 8 Prozent und Mittel für Technologiefelder wie die Lebenswissenschaften um über 10 Prozent wachsen, bewegt sich der nominelle Zuwachs für IKT auf Höhe der Inflationsrate.
- **Mangelnde Transparenz:** Die Vergabe von Zuschüssen für Forschung und Entwicklung ist intransparent und erschwert Unternehmen die Planung. Es ist oft nicht nachvollziehbar, welches Referat für welche Themen wann welche Mittel zur Verfügung stellt und in welcher Höhe diese bereits abgerufen wurden. Insbesondere KMU scheuen den hohen Verwaltungsaufwand.
- **Steuerliche FuE-Förderung:** Deutschland verzichtet als einziges großes OECD-Land auf die steuerliche FuE-Förderung und hat deshalb im Wettbewerb um global vergebene FuE-Mittel der Wirtschaft immer häufiger das Nachsehen. Dabei sind sich alle Experten einig, dass steuerliche Maßnahmen die direkte Förderung sinnvoll ergänzen können.

FuE-Ausgaben innerhalb der OECD



Quelle: OECD

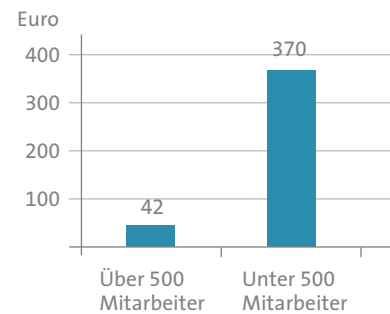
- **Aufstockung der direkten Fördermittel für ITK ab 2009 um 15 Prozent.**
-
- | Jahr | FuE-Mittel für ITK (%) |
|------|------------------------|
| 2009 | 8% |
| 2014 | 15% |
- **Unverzögliche Einführung einer Steuergutschrift („Tax Credits“),** die bei den Aufwendungen für FuE ansetzt. Als förderfähige Aufwendungen müssen dabei alle Aufwendungen gelten, die dazu dienen, neue wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse zu gewinnen oder solche Erkenntnisse für die Produktion von Waren und Dienstleistungen nutzbar zu machen. Dabei darf die steuerliche Förderung aber nicht auf KMU beschränkt werden, da große Unternehmen wichtige FuE-Impulse geben.
 - **Erhöhung der Transparenz** der direkten FuE-Förderung durch
 - Einführung öffentlicher Anhörungen während der Formulierung von Programmen,
 - detaillierte Rückmeldungen zu den Entscheidungen von Auswahlgremien sowie
 - die öffentliche Bekanntmachung der Budgets für einzelne Themenfelder.
 - **Transparentes Monitoring** der Ergebnisse direkter FuE-Förderung (Patente, Unternehmensgründungen, Arbeitsplätze).

- **Haushaltskonsolidierung gefährdet:** Durch Aufnahme neuer Kredite über 36,8 Mrd. Euro, Beschaffung von Mitteln für den geplanten Tilgungsfonds und aufgrund weiterer Risiken aus verschiedenen Bürgschaftsprogrammen wird der Bund in 2009 den bisherigen Negativrekord bei der Neuverschuldung klar überbieten. Sowohl bei der Neuverschuldung als auch bei der Gesamtschuldenlast werden die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages deutlich verfehlt.
- **Konstruktionsfehler der Unternehmenssteuerreform:** Die Unternehmenssteuerreform 2008 hat infolge einiger Maßnahmen zur Gegenfinanzierung verzerrende Effekte, indem sie Unternehmen mit einer guten Ertragssituation begünstigt und Nachteile für Unternehmen schafft, die auf Fremdfinanzierung angewiesen sind. Neuerungen wie die Zinsschranke und die Besteuerung der Funktionsverlagerung sowie weitere Einschränkungen bei der Berücksichtigung von Verlusten sind zudem systemwidrig, kompliziert und verwaltungstechnisch sehr aufwändig. Zudem beschränken diese Maßnahmen Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen und schwächen ihre Widerstandsfähigkeit in der Konjunkturkrise.

- **Staatliche Möglichkeiten nicht überdehnen:** Forderungen nach weiteren steuerlichen Entlastungen bei der Einkommensteuer (Vermeidung der „kalten Progression“) sind zwar berechtigt, derzeit jedoch nicht vordringlich. Positive Konsumeffekte werden bereits durch bereits beschlossene Maßnahmen (z. B. Erhöhung des Kindergeldes, Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer) erreicht. Weitere Ausgaben in diesem Bereich würden ausgeglichene Staatshaushalte auf lange Sicht unmöglich machen. In der derzeitigen Krise sollten die Hilfen des Staates auf die Unternehmen in Deutschland fokussiert werden.
- **Nachbesserung der Unternehmenssteuerreform:**
 - Anrechnung von Beteiligungen für den Eigenkapitalvergleich bei der Escape-Klausel zur Zinsschranke.
 - Verluste müssen verrechenbar bleiben, wenn das mit Verlust wirtschaftende Unternehmen saniert werden soll und wenn eine bloße konzerninterne Umstrukturierung stattfindet.
 - Keine Besteuerung von Betriebsausgaben und unrealisierten Gewinnen.
- Einführung einer modernen Gruppenbesteuerung, die es erlaubt, Gewinne und Verluste von ausländischen Gruppenmitgliedern auf die Konzernobergesellschaft in Deutschland zu übertragen.
- **Erstellung eines Regelwerks** für eine eigenständige steuerliche Gewinnermittlung, die ohne Rückgriff auf das HGB und ohne steuerliche Mehrbelastungen auskommt sowie Abschaffung der HGB-Bilanzierung für kapitalmarkt-orientierte Unternehmen.
- **EU-weite Regelungen:** Die Bundesregierung sollte sich mittelfristig für den Erlass eines EU-weiten Regelwerks zur steuerlichen Gewinnermittlung einsetzen. Darin sollten Unternehmen die Option bekommen, ihren Gewinn nach einheitlichen Regeln zu ermitteln und innerhalb der Unternehmensgruppe grenzüberschreitend zu konsolidieren.

- **Zu wenige Gründer:** In Deutschland werden zu wenige Hightech-Firmen gegründet. Die Zahl neuer Start-ups ist seit 2001 rückläufig. Die Gründungsdynamik hat den niedrigsten Stand seit 1995 erreicht.
- **Problematische Finanzstruktur:** In Deutschland steht zu wenig privates Beteiligungskapital zu Verfügung: Nur fünf Prozent aller Hightech-Start-ups seit 1995 haben Eigenkapital von Dritten akquirieren können, und nur noch 268 Millionen Euro Beteiligungskapital flossen im Jahr 2006 in die ITK-Wirtschaft. Das ist der niedrigste Stand seit zehn Jahren. Vor allem die Rahmenbedingungen für privates Beteiligungskapital sind in Deutschland schlecht: Im internationalen Vergleich der 27 EU-Länder liegt Deutschland nur auf Rang 22.
- **Bürokratischer Aufwand:** Die Bundesregierung hat die Belastungen der Unternehmen durch bürokratische Pflichten auf 47,6 Mrd. Euro pro Jahr beziffert, 84 Prozent davon tragen mittelständische Unternehmen.

Bürokratiebelastung pro Mitarbeiter

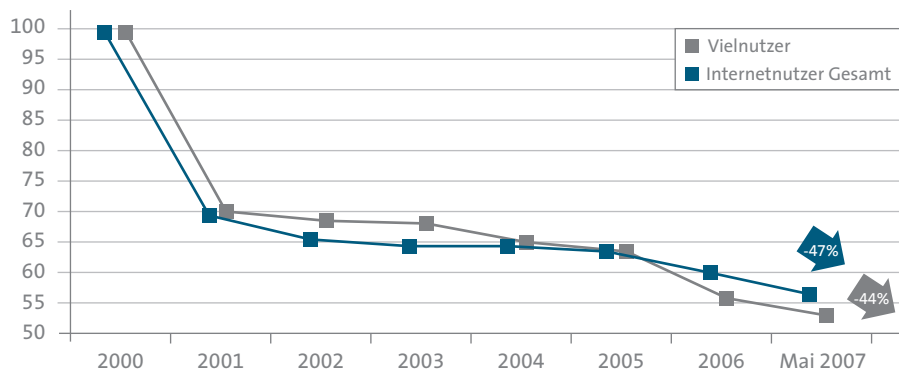


Dabei verursachen Pflichten aus den Bereichen Besteuerung, Bilanzierung und Buchführung mit Abstand die höchsten Kosten. Die zehn kostenintensivsten Vorschriften für Unternehmen stammen aus diesen Bereichen.

- **Streichen der einschränkenden Bedingungen für die Wagniskapitalfinanzierung im MoRaK-Gesetz** – vor allem die Aufhebung der Förderbeschränkung auf Beteiligungen an maximal zehn Jahre alten Unternehmen. Auch müssen Gewinne aus der Veräußerung von Wagniskapitalbeteiligungen steuerfrei sein, wenn diese innerhalb einer Frist von drei Jahren erneut in Wagniskapitalbeteiligungen investiert werden (Roll-over-Klausel) oder einen Freibetrag von zwei Millionen Euro nicht überschreiten. Verluste von Zielgesellschaften müssen ohne Einschränkungen steuerlich abziehbar sein.
- **Ausweitung des Prüfauftrags des Normenkontrollrates** auf Gesetzesinitiativen des Bundestages und des Bundesrates sowie Festlegung auf ein Netto-Abbauziel von 25 Prozent.
- **Substanzielle Verringerung des bürokratischen Aufwands** durch die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist für steuerliche Unterlagen und die freie Wählbarkeit des Aufbewahrungsortes für elektronisch gespeicherte Besteuerungsdaten.
- **Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes:** (1) Konkretisierung des Mitbestimmungsrechts, damit es nicht mehr generell die Einführung von IT-Systemen und Tools erfasst, sondern nur die Auswertung und Verwendung von Informationen mit dem Ziel der Leistungsüberwachung; (2) Rechtsgültigkeit von E-Mail, Video- und Telefonkonferenzen für Betriebsratsanhörungen; (3) Zulassung von E-Voting für Betriebsratswahlen.

- **Jobmotor Breitbandausbau:** Für den flächendeckenden Ausbau mit Glasfasernetzen sind in den kommenden Jahren Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro notwendig. 250.000 neue Arbeitsplätze könnten dadurch entstehen. Das lässt sich aber nur umsetzen, wenn für die Wirtschaft Investitionssicherheit besteht – weitere regulatorische Eingriffe verhindern dies.
- **Preisdruck:** Die Preise im Telekommunikationsbereich sinken seit Jahren dramatisch und setzen die Unternehmen trotz des Mengenwachstums unter Druck, alleine 2008 um 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
- **Digitale Dividende ungenutzt:** Die durch die Umstellung auf DVB-T freierwerdenden Frequenzen werden zurzeit nicht für den Breitband-Ausbau genutzt, sondern werden von den Rundfunkanstalten blockiert. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – mit Hilfe der Digitalen Dividende könnte die Breitbandversorgung auf dem Land entscheidend vorangebracht werden.

Internet-Tarife sinken kräftig
Verbraucherpreisindex für Internetnutzung*



Quelle: Destatis, BITKOM ; *Index: 2000 = 100

- **Verzicht auf extreme Markteingriffe:** Die Bundesregierung sollte eine Ausweitung regulatorischer Kompetenzen und Institutionen auf europäischer Ebene verhindern. Extreme Markteingriffe wie eine Endpreisregulierung von Daten- und SMS-Preisen auf europäischer und nationaler Ebene oder eine weitere drastische Absenkung der Terminierungsentgelte müssen verhindert werden.
- **Marktdynamik zulassen:** Konsolidierungsmöglichkeiten im Medien- und TK-Sektor, etwa bei der Netzzersplitterung im Kabelbereich, werden in Deutschland durch ein restriktives Rechtsregime behindert. Dies ist langfristig für alle Beteiligten schädlich.
- **Verbindliche Regeln für die Nutzung der Digitalen Dividende:** Die Verteilung der freien Frequenzen sollte sich an belegten Bedarfsszenarien des Rund- und Mobilfunks orientieren.
- **Nationaler Plan für Frequenzzuweisung:** Der im Hinblick auf die Beschlüsse der Weltfunkkonferenz 2007 überarbeitete nationale Frequenzbereichszuweisungsplan muss rasch verabschiedet werden.
- **Digitalisierungsfonds:** Die Bundesregierung sollte zusammen mit den Ländern einen Digitalisierungsfonds aufsetzen. Einnahmen aus einem Vergabeverfahren für funkgestützte Breitbanddienste in den bisherigen Rundfunkbändern könnten über den Fonds zur Verbreitung neuer Medien eingesetzt werden.

- **Modernisierungsbedarf:** Die technologische Konvergenz stellt die rechtliche Regulierung in Deutschland vor neue Herausforderungen. Denn bislang wird in Deutschland sektoral (Telemedien, Telekommunikation, Rundfunk) reguliert – die Folge sind komplizierte Aufsichtsstrukturen von Landesmedienanstalten, Bezirksregierungen oder Ministerien für das Internet.
- **Mangelnde Rechtssicherheit:** Internet-Service-Provider unterliegen in Deutschland einer von der Rechtsprechung geprägten, ausufernden Haftung für durch Dritte bereitgestellte bzw. durchgeleitete Inhalte – insbesondere

im Bereich geistigen Eigentums und des Jugendschutzes. Dieses weitreichende Haftungsregime für Intermediäre hat zu einem Dauerkonflikt um Verantwortungszuweisungen geführt, der die Entwicklung von Geschäftsmodellen hemmt.

- **Jugendmedienschutz / Kinderpornografie:** Das deutsche System der Selbst- und Koregulierung gilt international als vorbildhaft und ist ein großer Erfolg. Eine große Herausforderung ist nach wie vor der weltweite Kampf gegen Kinderpornografie im Internet, bei der der Opferschutz an erster Stelle steht.

Struktur der TK- und Medienaufsicht in Deutschland (vereinfachte Darstellung)

	Telekommunikation	Telemedien	Rundfunk	
			privat	öffentlich-rechtlich
Allgemeine Aufsicht	BNetzA (Bundesnetzagentur)	Länderaufsicht, je nach Land durch ... ↓ Bezirksregierungen Ministerien LMA	14 Landesmedienanstalten (LMA) mit angeschlossenen Gremien und gemeinsamen Organen BNetzA bezgl. technischer Zugangsdienste	Interne Gremien
Jugendmedienschutz		Primär: Selbstkontrollen der Wirtschaft, FSM & FSF Subsidiär: KJM* (gemeinsames Organ der LMA) – unterstützt von jugendschutz.net		
Konzentrationskontrolle	Bundeskartellamt		KEK**	

* Kommission für Jugendmedienschutz ** Kommission zur Ermittlung von Konzentration im Medienbereich

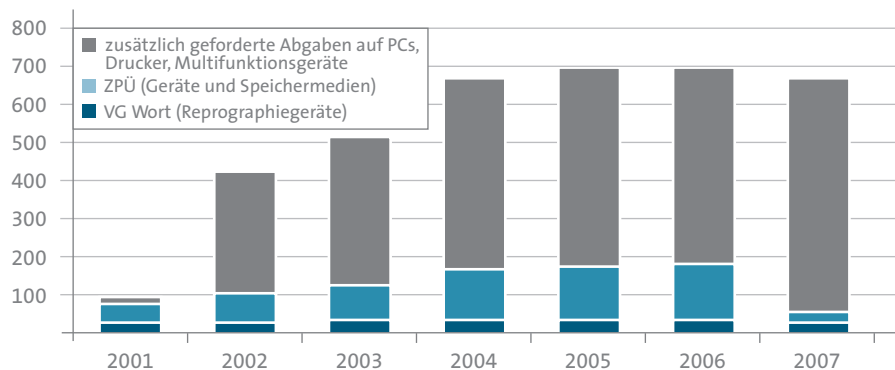
- **Gesamtevaluation Medienordnung:** Deutschland sollte sich vom bestehenden rundfunkzentrierten Ansatz der Medienpolitik endgültig verabschieden. Ziel muss eine generelle Überprüfung und Rückführung des Regulierungsniveaus über sämtliche Medienformen sein.
- **Überarbeitung des Telemediengesetzes:** Die Verantwortlichkeitsregelungen des Telemediengesetzes müssen überarbeitet werden. Das ist die Voraussetzung, um die teils ausufernden Haftungsmodelle der Rechtsprechung auf das von der E-Commerce-Richtlinie vorgesehene Maß zurückzuführen. Hierzu müssen Hyperlinks und Suchmaschinen in das Privilegierungsschema einbezogen und Leitlinien für die Beweislastverteilung eingeführt werden. Außerdem sollte eines Anreizmodells geschaffen werden, das freiwillige Maßnahmen der Unternehmen mit Haftungserleichterungen belohnt.
- **Gemeinsame Initiative Jugendmedienschutz:** Die erfolgreichen koregulatorischen Ansätze im Jugendmedienschutz müssen weiter gestärkt werden. PPP-Initiativen wie das „Netz für Kinder“ können Vorbild für weitere Initiativen sein, die ihren Fokus auf Positivmaßnahmen statt auf Verbote setzen. Auch,

wo es um den Kampf gegen schwerste Kriminalität geht wie im Bereich Kinderpornografie, müssen Staat und Wirtschaft gemeinsam entschlossen handeln. Der Gesetzgeber kann hier für die notwendige Rechtssicherheit sorgen.

- **Kein Three Strikes and Out in Deutschland:** In Frankreich sollen Internet-Service-Provider künftig Kunden nach zwei Verwarnungen den Interzugang sperren, wenn deren IP-Adresse in Verbindung mit urheberrechtsverletzenden Handlungen im Internet erfasst wurde. Aus Sicht des BITKOM ist dies der falsche Weg. Internetservice-Provider dürfen nicht zum Gatekeeper des Rechts im Internet werden. Statt Account-Sperrungen auf Verdacht sollten die bestehenden rechtlichen Instrumente effektiver angewendet werden.
- **Regulierung des Internet:** Websperren gegenüber kinderpornografischen Seiten können ein wichtiges gesellschaftliches Signal senden. Seitensperren sind aber auch ein Eingriff in Kommunikationsgrundrechte. Deshalb ist ein detaillierter Rechtsrahmen und eine gesellschaftliche Diskussion darüber notwendig, wieviel Regulierung das Internet als freies Netz verträgt.

- **Veraltetes Pauschalabgabensystem:** Das veraltete Pauschalabgabensystem soll auf Druck der Verwertungsgesellschaften auf digitale Geräte und Speichermedien wie Drucker, PCs und Festplatten ausgeweitet werden. Diese Abgabeforderungen stehen in keinem auch nur annähernd vernünftigen Verhältnis zum Kaufpreis der Produkte. Die Folge: Die Geräte werden in Deutschland teurer, Konsumenten kaufen vermehrt im Internet oder im Ausland.
- **Intransparente Verwertungsgesellschaften:** Die Enquête-Kommission des Bundestages hat festgestellt, dass die Verwertungsgesellschaften intransparent handeln und ihre Effizienz nur eingeschränkt überprüfbar ist. Die Handlungsempfehlungen der Kommission sind bislang allerdings noch nicht umgesetzt worden.
- **„Kavaliersdelikt“ Produktpiraterie:** Produktpiraterie wird in Kreisen der Strafverfolgungsbehörden und der Justiz zum Teil nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt. Verfahren dauern oft zu lange, die Strafen entsprechen nicht dem verursachten Schaden.

Urheberrechtsabgaben auf Kopiergeräte und Speichermedien
(in Mio Euro)



Quelle: PC-Angaben laut IDC, Drucker-/MFG-Angaben, laut EITO und BITKOM-Meldungen

- **Der Wert geistigen Eigentums muss vermittelt werden:** Aufnahme passender Inhalte in die Lehrpläne verschiedener Fächer wie zum Beispiel Gemeinschaftskunde, Wirtschaft, Kunst, naturwissenschaftliche Fächer oder Deutsch.
- **Pauschalabgabe prüfen:** Die Bundesregierung sollte gemeinsam mit den betroffenen Parteien eine detaillierte Analyse von Ist und Soll der Pauschalabgabe durchführen. Diese Analyse sollte Grundlage der Modernisierung des Pauschalabgabensystems werden. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung individuelle Lizenzmodelle im Rahmen des digitalen Rechtemanagements fördern.
- **Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Kultur-Enquête-Kommission:** Dazu gehört vor allem die stärkere Wahrnehmung der Aufsichtspflicht über die Verwertungsgesellschaften. Das deutsche Patent- und Markenamt sollte damit beauftragt werden, die Höhe der Verwaltungskosten bei den Verwertungsgesellschaften regelmäßig kritisch zu prüfen.
- **Einrichtung einer Bund-Länder-Taskforce** zur Verbesserung der Rechtsverfolgung in Produktpirateriefällen.

- **Große Herausforderungen:** Der Güter- und Personen-Verkehr im Transitland Deutschland steigt auf allen Verkehrsträgern rasant an. Die EU erwartet eine Zunahme des Güterverkehrs um 50 Prozent und des Personenverkehrs um 35 Prozent zwischen 2000 und 2020. Die starke Nutzung zieht einen hohen Verschleiß der Infrastruktur nach sich, der die bisherigen Verkehrsinvestitionen aufzehrt, ohne zur Bewältigung von Engpässen beizutragen. Rund 10 Prozent des EU-Straßennetzes gelten als überlastet, und die dadurch jährlich verursachten Kosten machen ca. 0,9 bis 1,5 Prozent des BIP der EU aus.
- **Effizienzsteigerung durch ITK:** ITK kann durch die intelligente Vernetzung von Verkehrs- und Datenströmen über Straße, Schiene, Luft und Binnengewässer zur Lösung des Problems beitragen. Intelligente Verkehrsmanagement-Systeme unterstützen die Mobilität einer modernen Gesellschaft, erhöhen die Sicherheit im Verkehr und reduzieren Stau und Schadstoffausstoß erheblich.

- **Einführung von Verkehrsmanagement-Systemen:** Verkehrsmanagementzentralen sollten flächendeckend mit Notfall- und Sicherheitssystemen ausgebaut, mit Echtzeit-Informationen versorgt und in eine dynamische Parkraumbewirtschaftung angebunden werden. Auf Verkehrsfluss und Emissionsbelastungen in Ballungszentren kann hierdurch situationsbezogen mittels Verkehrslenkung, Kostenumlagen und Services reagiert werden.
- **Logistik-Services:** Bestehende Infrastrukturen wie das deutsche LKW-Mautsystem sollten für vielseitige Logistikservices genutzt werden, um einen überregionalen Ausbau von Telematiklösungen zu beschleunigen.
- **Bauvorhaben koordinieren:** Bei künftigen Bauvorhaben sollten ITK-Lösungen wie zum Beispiel Roadside Units und intelligente Straßenführungsanlagen fester Bestandteil der Bauplanung sein. Verkehrsregionen müssen Anreize erhalten, um die zügige Verbreitung erfolgreicher Serviceangebote zu unterstützen. Die Entwicklung ortsbezogener Verkehrsservices sollte gezielt gefördert werden sollte.
- **Aktive Sicherheit:** Kooperative Sicherheitssysteme beruhen auf dem Austausch von Gefahren- und Umgebungsdaten. Die Frequenzvergabe für die „Car-to-Car“- und für die „Car-to-Infrastructure“-Kommunikation sollte daher diskriminierungsfrei reguliert und Vergabekonditionen erlassen werden, die eine effektive Nutzung sicherstellen.

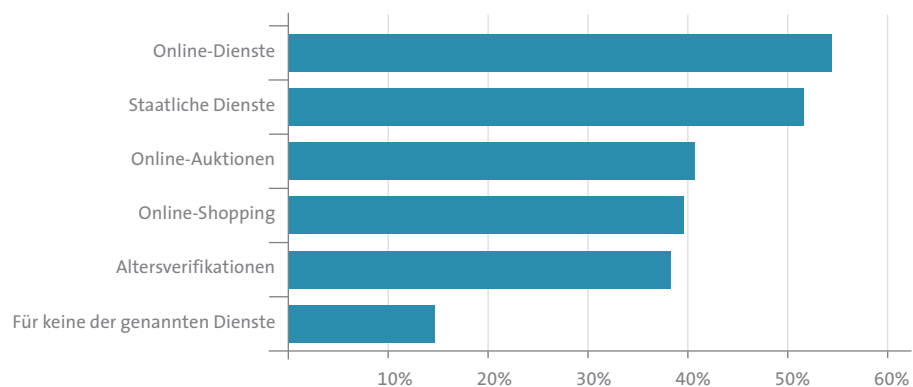
- **Einsparpotenziale durch Green IT werden verschenkt:** Moderne ITK-Technologien ermöglichen erhebliche Effizienzsteigerungen für Prozesse in Unternehmen und Behörden. Würde nur jede vierte Dienstreise in Europa durch Video- oder Webkonferenzen ersetzt, so ließen sich pro Jahr mehr als 20 Mio. Tonnen CO₂ einsparen.
- **ITK spart sechsmal mehr als sie verbraucht:** Durch die stetig steigende Nutzung von Internet und Kommunikation ist der Energiebedarf der ITK auf dem Niveau des Flugverkehrs. Der Energiebedarf ist seit dem Jahr 2000 um das 2,5fache gestiegen. Allerdings spart ITK weit mehr als sie verbraucht. Der Umweltverband WWF schätzt das Einsparpotenzial „durch ITK“ mehr als zehnfach so hoch wie die Einsparungen „in der ITK“.
- **Haushalte verschwenden Energie:** In den allermeisten privaten und öffentlichen Haushalten in Deutschland werden Heiz- und Beleuchtungstechnik noch immer wie vor Jahrzehnten gesteuert – nämlich per Hand. Marktreife ITK-Innovationen wie „smart metering“ (online-Ablesung von Stromzählern) oder energiesparende Heizungs-/Lüftungstechnik werden zu langsam in der Fläche eingeführt. Allein durch die Einführung von zeitabhängigen Tarifen und Visualisierung des Energieverbrauchs etwa 9,5 Terawattstunden pro Jahr gespart werden.
- **Millionen Büros verbrauchen zu viel:** Arbeitsplätze in Verwaltungen und Firmen haben ein riesiges Energieeinsparpotenzial. Moderne Flachbildschirme, Thin Clients oder Laptops und Multifunktionsgeräte bringen bis zu 80 Prozent Energieeinsparungen gegenüber „traditionellen Büros“ – das spart Geld und CO₂.

- **Innovationen für „Grüne Rechenzentren“ fördern:** Deutschland sollte ein Kompetenz-Cluster „Grüne Rechenzentren“ aufbauen. Damit würde die internationale Wettbewerbsposition der Lösungsanbieter als auch der Anwender weiter ausgebaut.
- **Quickcheck Rechenzentren:** Die von BITKOM entwickelte Energieeffizienzanalyse sollte durch ein Förderprogramm für KMU und Behörden unterstützt werden.
- **Ausbau des Förderprogramms „E-Energy“:** Vertiefte Förderung beispielhafter Regionalansätze, um breitwirksam Nachahmungseffekte auszulösen.
- **Start einer Initiative „Grüner Arbeitsplatz“** in den Bundesbehörden sowie Auflegen eines Förderprogramms „Grüne Schulen“ zur breitflächigen Einführung von LCD-Monitoren, Thin Clients und Mini-PCs.
- **Internationalisierung Green Procurement:** Die wegweisenden Standards des Projekts www.itk-beschaffung.de zu Umweltaspekten von IT-Hardware sollten als internationale Standards positioniert werden.
- **Förderung und Einsatz von sensorbasierten Container-Technologien** für ein intelligentes Monitoring des Gütertransports und Zulassung des deutschen Autobahnmautsystems für Mehrwertdienste.
- **Berücksichtigung von ITK als integraler Bestandteil jedes Infrastrukturvorhabens:** Durch einen verbindlichen Beschluss sollte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gewährleisten, dass bei künftigen Bauvorhaben die Prüfung des Einsatzes von ITK-Lösungen fester Bestandteil der Bauplanung von Bundesstraßen und Autobahnen sind.

- **Riesiges Potenzial des elektronischen Personalausweises:** Der ePA kann als sichere Identifizierungsmöglichkeit sowohl E-Government-Anwendungen als auch den Internet-Handel sicherer und bequemer gestalten.

- **Exportpotenzial E-Reisepass:** Der ab 1. November 2007 ausgegebene biometrische Reisepass hat große Marktpotenziale im Ausland. Durch die flächendeckende Anwendung im Inland könnten diese Exportchancen weiter verbessert werden.

Nutzungsabsichten der Bürger für den ePA



Quelle: BITKOM/Forsa 2008

- **De-Mail:** Mit De-Mail werden Online-Einschreiben möglich. Aber De-Mail darf kein nationaler Alleingang werden. Es ist daher wichtig, dass die Bundesregierung einen Prozess der Internationalisierung anstrebt und die technischen Spezifikationen, die De-Mail zugrunde liegen, in internationale Standardisierungsgremien einbringt.

- **Schnelle Einführung des ePA:** Die Einführung sollte durch die direkte Förderung der technischen Infrastruktur (Bereitstellung von Kartenlesern für Bürger) unterstützt werden.
- **Keine Umlage der De-Mail-Kosten auf E-Mail-Provider oder Bürger** – statt dessen Darstellung eines tragfähigen Geschäftsmodells dieser Dienste für „Power-User“ wie Versicherungen.
- **Flächendeckende Einführung der biometriegestützten Grenzkontrolle** unter Nutzung des ePasses – mit klarer Zeitplanung. Durch die flächendeckende Anwendung eines automatisierten Verfahrens an den Grenzkontrollstellen in Deutschland entsteht ein Beispielfall, der die Vermarktungschancen weltweit stärkt.
- **Bessere Koordinierung und thematische Ausweitung der Forschungsförderung** auf die Bereiche Biometrie, Sensorik, Software-Architekturen und Hardwarekomponenten.

- **Staatliche Beschaffung zu wenig innovationsorientiert:** Deutschland verfügt mit mehr als 17 Mrd. Euro über das größte Auftragsvolumen für ITK-Beschaffungen der öffentlichen Hand in Europa. Dieses Geld wird aber nach wie vor in zu geringem Maße innovationsorientiert eingesetzt. In einem Ranking des Bundestags-Büros für Technikfolgenabschätzung landet Deutschland nur auf Rang 9 von 17.
- **Komplexe Strukturen:** E-Government wird in Deutschland vor allem durch komplexe Strukturen verhindert. Bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie entwickeln Kommunen und Länder zurzeit unterschiedliche Modelle – diese Heterogenität widerspricht der Absicht eines Einheitlichen Ansprechpartners für Unternehmen.
- **Eigenrealisierungen:** Der Staat tritt immer öfter nicht nur als Nachfrager von ITK-Lösungen auf, sondern auch als Anbieter. Immer mehr Behörden werden über den Rechtskreis ihrer jeweiligen Dienstherren hinaus für andere öffentliche Auftraggeber tätig. Diese Entwicklung widerspricht den ordnungspolitischen Grundsätzen.
- **EVB-IT:** Die Einkaufsbedingungen für den öffentlichen ITK-Markt sind 2007 durch das BMI massiv verschärft worden. Der sog. EVB-IT Systemvertrag, der die Risiken einseitig zu Lasten des Auftragnehmers verteilt, belastet insbesondere den Mittelstand. Es ist schon jetzt zu beobachten, dass sich diese angesichts solcher Bedingungen mehr und mehr Unternehmen aus dem öffentlichen Sektor zurückziehen.

- **Innovationsorientierung stärken:** Gemeinsame Definition richtungweisender neuer ITK-Technologien, die bei Ausschreibungen berücksichtigt werden müssen sowie Spezialisierung und Weiterbildung von Beschaffern der öffentlichen Hand.
- **Maximal zwei Modelle** bei der Einführung des Einheitlichen Ansprechpartners.
- **Benchmarks einführen:** Forcierung der im Zuge der Föderalismusreform II angekündigten Leistungsvergleiche durch Einrichtung einer unabhängigen Benchmarking-Agentur, die bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer angesiedelt ist.
- **Einrichtung des CIO als „Full-Time Job“:** Der 2007 etablierte Bundes-CIO ist nicht mit den ausreichenden Mitteln versehen, um eine kohärente Steuerung der Informationstechnologie über die Bundesressorts hinweg sicherzustellen. Die finanziellen und personellen Ressourcen sollten aufgestockt sowie ein Vortragsrecht im Bundeskabinett zugestanden werden.
- **Einrichtung hochrangiger IT-Beauftragter** in allen Bundesministerien, die eine zentrale Rahmenkompetenz für die IT aller nachgeordneten Behörden erhalten.
- **Ausweitung der Verantwortung des IT-Rats** bezüglich der Interoperabilität der Verwaltungs-IT bei gleichzeitiger Einführung von Mehrheitsregelungen bei der Beschlussfassung.
- **Stopp der Ausweitung von Eigenrealisierungen der öffentlichen Hand:** Diese sind nur dann gerechtfertigt, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden kann.
- **Schnellstmögliche Überarbeitung des EVB-IT Systemvertrags** in Zusammenarbeit mit dem BITKOM.

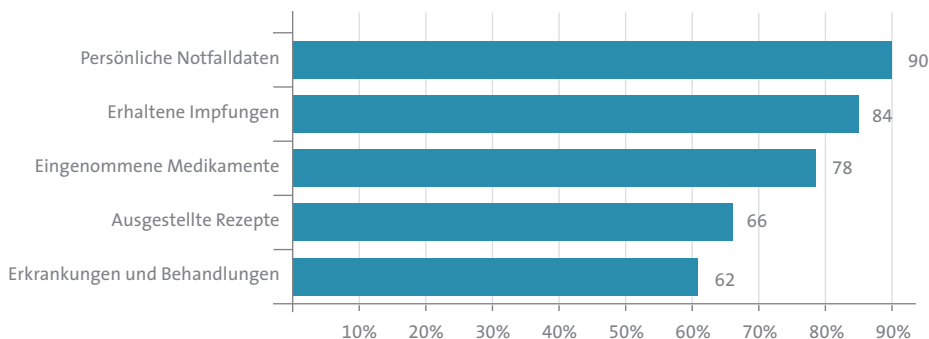
- **Mehr Effizienz notwendig:** Das Gesundheitssystem steht aufgrund der demografischen Entwicklung vor enormen Herausforderungen. Wir können uns Ineffizienzen im Gesundheitssektor nicht mehr leisten. Hier gibt es noch viel zu tun, denn eine moderne ITK-Infrastruktur existiert im Gesundheitssektor immer noch nicht. Papierformulare und Medienbrüche sind an der Tagesordnung.
- **Lösungsansatz elektronische Gesundheitskarte (eGK):** Mit der elektronischen Gesundheitskarte könnte eine moderne ITK-Infrastruktur im Gesundheitswesen etabliert werden. Das Einsparpotenzial bei Verwaltungskosten

liegt bei 500 Millionen Euro jährlich. Die Gesundheitskarte sollte nach Plan bis zum 1. Januar 2006 eingeführt werden. Über Testphasen in einzelnen Regionen hinaus ist bislang aber nichts passiert.

- **Hohe Akzeptanz bei Versicherten:** Laut Forsa sind 70 Prozent der gesetzlich Versicherten für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Datenschützer und die Bundesärztekammer attestieren eGK ein weit überdurchschnittliches Sicherheitsniveau.

Versichertenkarte: Patienten für Zusatzinfos

Anteil der Deutschen, die bestimmte Informationen auf der Krankenversichertenkarte speichern würde (Top 5)



Quelle: BITKOM/Forsa; Deutsche ab 18 Jahren

- **Gesundheitskarte unverzüglich einführen:** Die existierenden Zeitpläne zur Einführung der Gesundheitskarte müssen eingehalten werden. Für alle Projektbeteiligten ist die Investitions- und Planungssicherheit von entscheidender Bedeutung.
- **Keine Alibi-Gesundheitskarte:** Die Bundesregierung sollte klar Position beziehen und allen Pläne eine klare Absage erteilen, eine elektronische Gesundheitskarte ohne Online-Anwendungen einzuführen. Damit wäre nichts gewonnen.
- **Aufklärung statt Demagogie:** Die Bundesregierung sollte in eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit investieren, um Fehlvorstellungen in der Öffentlichkeit und bei den Berufsträgern über Chancen und Risiken der Telematikinfrastruktur sachliche Argumente entgegenzusetzen. Der Datenschutz darf nicht instrumentalisiert werden durch jene, die aus eigennützigen Interessen gegen eine höhere Transparenz des Gesundheitssystems sind.

Die deutsche ITK-Wirtschaft engagiert sich stark in vielen Politikfeldern. Denn Politik gestaltet sich durch die enge Kooperation von Staat und Wirtschaft.



„erlebe it“: Die ITK-Branche ist bereits stark in der Nachwuchsgewinnung engagiert. Mit der Initiative „erlebe it“ – die im Beisein der Bundeskanzlerin auf dem IT-Gipfel 2008 gestartet ist – bündelt die Branche ihre Bemühungen um fundierte ITK-Kompetenzen an Schulen. IT-Scouts ermöglichen Schülerinnen und Schülern einen spannenden Einblick in die Innovationsbranche ITK.
„erlebe it“ im Internet: www.erlebe-it.de



IT 50 Plus steht für wettbewerbsfähigere Kompetenzprofile und bessere Beschäftigungschancen älterer Fachkräfte in der ITK-Branche. Erfahrene ITK-Spezialisten müssen länger aktiv und innovativ sein, um dem strukturellen Fachkräftedefizit entgegenzuwirken. IT 50plus erarbeitet mit Unternehmen Personalentwicklungskonzepte für die Zielgruppe „50plus“, stellt innovative Qualifizierungsmethoden auch für vorübergehend arbeitslose IT-Fachkräfte zur Verfügung und informiert über arbeitsmarktpolitische Instrumente. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.
IT 50plus im Internet: www.it-50plus.org



Frag Finn ist das öffentliche Portal der Initiative „Ein Netz für Kinder“, die von Politik, Wirtschaft und Verbänden getragen wird. Ziel ist die Schaffung eines sicheren und attraktiven Surfraumes für 6 – 12jährige. Kernelement der Initiative ist eine redaktionell betreute Whitelist sicherer Internetseiten, die von Eltern über verschiedene Software-Module eingebunden werden kann.
Frag Finn im Internet: www.fragfinn.de



Deutschland sicher im Netz: DsiN ist eine Initiative der ITK-Wirtschaft unter Schirmherrschaft des Bundesinnenministeriums. Die Webseite bietet Verbrauchern und mittelständischen Unternehmen Informationen rund um das Thema IT-Sicherheit. Die teilnehmenden Verbände und Unternehmen stärken die IT-Sicherheit mit konkreten Handlungsversprechen.
DsiN im Internet: www.dsin.de

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.200 Unternehmen, davon 900 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten.

Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.



Bundesverband Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10 A
10117 Berlin-Mitte
Tel.: 030.27576-0
Fax: 030.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org